

Wissenschaft

Merkel spricht von langfristiger Afghanistan-Hilfe

Um die Zustimmung des Bundestages zur Truppenaufstockung zu erhalten, lockt die Kanzlerin jetzt mit einem Abzugsbeginn im Jahr 2011

Andreas Rinke Berlin Deutschland wird sich noch lange in Afghanistan engagieren - mit der Übergabe der Verantwortung aber bereits im ersten Halbjahr 2011 beginnen. Mit dieser doppelten Botschaft hat Kanzlerin Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung zur Afghanistan-Politik die Bundesregierung verteidigt. Merkel appellierte zugleich an die Opposition, einem neuen Bundestagsmandat zuzustimmen, das eine Aufstockung des Bundeswehr-Kontingents um bis zu 850 Soldaten ermöglicht.

Merkel sagt Karsai weitere Unterstützung zu.

SPD-Chef Sigmar Gabriel betonte allerdings, Bedingung für die Zustimmung der Sozialdemokraten sei, dass im Mandat tatsächlich 2011 als Datum für den Beginn des Abzugs auch schriftlich festgehalten werde. Merkel sprach davon, dass im ersten Halbjahr 2011 in den ersten Distrikten in Nordafghanistan die Verantwortung an die Afghanen übergeben werden soll. "Im zweiten Halbjahr könnte dann gegebenenfalls der Gesamtumfang unserer Truppen reduziert werden."

Zugleich lehnte sie aber die Forderung der SPD ab, auch einen Korridor für das Ende des Abzugs deutscher Soldaten aus Afghanistan zu definieren, der zwischen 2013 und 2015 liegen soll. Im Übrigen werde Deutschland die Bundeswehr nicht im Alleingang, sondern nur in enger Abstimmung mit den Nato-Verbündeten abziehen.

Erkennbar bemühte sich die Kanzlerin, vor der Afghanistan-Konferenz in London einen "Gesamtansatz" der deutschen Afghanistan-Politik zu betonen. "London ist weder eine Geber- noch eine Truppenstellerkonferenz", sagte sie. Es gehe um die politische Strategie, wie das Land stabilisiert werden könne.

In der Regierung hatte es zuletzt heftige Debatten über den richtigen Kurs in Afghanistan gegeben. So hatte Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) ursprünglich mehr Soldaten nach Afghanistan schicken wollen. Außenminister Guido Westerwelle (FDP) hatte dagegen auf einen vor allem politischen Ansatz gepocht. Bereits am Vortag hatte sich die Bundesregierung auf ein "Gesamtkonzept" geeinigt, das mehr Soldaten, mehr Polizeiausbilder, mehr zivile Hilfe, einen Fonds für aussteigewillige Taliban und ein geändertes Einsatz-Konzept vorsieht. So soll die Bundeswehr die ausgebildeten afghanischen Soldaten künftig auch auf Einsätzen begleiten. Allerdings will Berlin dabei an der in der Nato umstrittenen Regel festhalten, dass deutsche Soldaten nur in dem von der Bundeswehr verantworteten Norden des Landes eingesetzt werden.

Westerwelle betonte nach einem Telefonat mit US-Außenministerin Hillary Clinton, die US-Regierung sei sehr zufrieden mit den deutschen Zusagen. Dagegen äußerten sich Sicherheitskreise verwundert darüber, dass die Bundeswehr ausgerechnet die schnelle Eingreiftruppe im Norden des Landes wieder abzieht. Diese war zuvor beim Kampf gegen Taliban eingesetzt worden. Die Kampfeinsätze werden künftig offenbar von den Amerikanern übernommen, die 5000 Soldaten in die von der Bundeswehr betreute Region entsenden wollen.

Merkel stimmte die Deutschen auch darauf ein, dass die kommenden Monate in Afghanistan gefährlich werden - und sich Deutschland langfristig engagiert: "Ja, der Einsatz fordert Menschenleben", betonte sie. Ausdrücklich sagte Merkel Afghanistans Präsident Hamid Karsai nach einem Treffen im Kanzleramt Finanzhilfe auch nach einem Abzug des Militärs zu. Es gebe eine langfristige Aufgabe, zumal die Bilanz des bisherigen Einsatzes "gemischt" sei.

Rinke, Andreas